

**Untersuchungen zum  
Europäischen Privatrecht**

---

**Band 1**

**Die Aufklärungspflicht der  
Parteien des Zivilprozesses vor dem  
Hintergrund der europäischen  
Rechtsvereinheitlichung**

**Von  
Johannes Lang**



**Duncker & Humblot · Berlin**

JOHANNES LANG

Die Aufklärungspflicht der Parteien  
des Zivilprozesses vor dem Hintergrund der  
europäischen Rechtsvereinheitlichung

# Untersuchungen zum Europäischen Privatrecht

## Band 1

# Die Aufklärungspflicht der Parteien des Zivilprozesses vor dem Hintergrund der europäischen Rechtsvereinheitlichung

Eine vergleichende Betrachtung des deutschen,  
englischen und französischen Zivilprozeßrechts  
sowie des „Storpe-Entwurfs“

Von

Johannes Lang



Duncker & Humblot · Berlin

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Lang, Johannes:**

Die Aufklärungspflicht der Parteien des Zivilprozesses vor dem Hintergrund der europäischen Rechtsvereinheitlichung : eine vergleichende Betrachtung des deutschen, englischen und französischen Zivilprozeßrechts sowie des „Storpe-Entwurfs“ / von Johannes Lang. – Berlin : Duncker und Humblot, 1999 (Untersuchungen zum europäischen Privatrecht ; Bd. 1)  
Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 1998/99  
ISBN 3-428-09764-5

Alle Rechte vorbehalten

© 1999 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fotoprint: Werner Hildebrand, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 1438-6739  
ISBN 3-428-09764-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1998/1999 von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im November 1998 abgeschlossen.

Zuvörderst zu Dank verpflichtet bin ich meinem Lehrer und Doktorvater, Professor Dr. Christoph G. Paulus, der durch seine stete Förderung in mir zunächst das Interesse an der Thematik geweckt und sodann wertvolle und herzliche Unterstützung gewährt hat. Herrn Professor Dr. Benöhr danke ich für die Übernahme des Zweitgutachtens und für den tatkräftigen weiteren Beistand, der zum erfolgreichen Abschluß der Promotion beigetragen hat. Frau Dr. Helena Münnichová von der Humboldt-Universität hat mir durch ihre Vermittlung einen Forschungsaufenthalt an der Universität Paris-X (Nanterre) ermöglicht, der von der Humboldt-Universität finanziell unterstützt wurde. Großen Anteil am Erfolg der Dissertation hat auch mein Kollege und Freund Wolfgang Zenker, der mir mit unerschütterlicher Geduld und Aufmerksamkeit in zahlreichen Diskussionen Hinweise und wertvolle Anregungen gegeben hat. Nicht zuletzt danke ich allen Freunden und Kollegen, die mich beim Korrekturlesen und auf dem Marsch durch das Promotionsverfahren unterstützt haben sowie last but not least meiner ganzen Familie für alle Förderung und Beistand, die mir über die Jahre zuteil wurden.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat die Arbeit mit einem Druckkostenzuschuß gefördert.

Berlin, im Mai 1999

*Johannes Lang*



# Inhaltsverzeichnis

## *Kapitel I*

### **Einleitung**

A. Einführung.....	19
I. Bedeutung der Information .....	19
II. Informationsbeschaffung für den Zivilprozeß.....	20
III. Informationsbeschaffung durch die Gegenpartei .....	21
IV. Störme-Entwurf.....	22
B. Vorgehensweise.....	22
I. Zu vergleichende Rechtsordnungen.....	22
II. Untersuchungsgegenstand.....	23
1. Heranziehung der Gegenpartei zur Informationsbeschaffung.....	23
2. Länderberichte.....	24
III. Einige Bemerkungen zur Prozeßrechtsvergleichung.....	24
1. Schwierigkeiten bei der Prozeßrechtsvergleichung .....	24
2. Vorschlag.....	26
IV. Untersuchungskonzept.....	26
1. Raster.....	26
2. Anwendung auf die Länderberichte.....	26
C. Das Raster im einzelnen.....	27
I. Umfang und allgemeine Voraussetzungen verfahrensförmiger Informationsbeschaffung .....	28
1. Umfang .....	28
2. Anforderungen an den Sachvortrag als Voraussetzung verfahrensförmiger Sachverhaltsaufklärung.....	28
3. Verfahrensförmige Sachverhaltsaufklärung vor dem Prozeß.....	29
II. Inhalt und Sanktionierung der Informationsbeschaffungsmittel .....	30
1. Inhalt.....	30
2. Sanktionen.....	30
III. Einbeziehung von Nichtparteien.....	30
IV. Weigerungsrechte.....	31
V. Materiellrechtlicher oder prozeßrechtlicher Ansatz? .....	31
VI. Aufgabenverteilung bei der Sachverhaltsaufklärung.....	32
1. Rechtspflegeorgan .....	32

2. „Inquisitionsprinzip“ oder „Akkusationsprinzip“?	32
VII. Zwischenergebnis	33
D. Schlußbetrachtung - Folgerungen für den Strome-Entwurf und die europäische Rechtsvereinheitlichung	33
E. Ausblick für Deutschland	33

## *Kapitel II*

### **Länderbericht Deutschland**

A. Einführung	34
B. Gesetzeslage	35
I. Prozeßrecht	35
1. Umfang verfahrensförmiger Sachverhaltsaufklärung - Anforderungen an den Sachvortrag als allgemeine Voraussetzung verfahrensförmiger Informationsbeschaffung - Ausforschungsbeweis	35
2. Erklärung über eigenes Wissen	44
3. Parteivernehmung (§§ 445 ff. ZPO)	45
4. Einsicht in / Vorlage von Urkunden	46
5. Augenschein (§§ 371 ff. ZPO), Sachverständiger (§§ 402 ff. ZPO)	47
6. Körperliche Untersuchungen gemäß § 372 a ZPO	48
7. Umkehr der Beweis- und Behauptungslast	48
II. Materielles Recht (Auskunftsansprüche zur Prozeßvorbereitung)	49
1. Grundsatz	49
2. Überblick über die materiellrechtlichen Informationsansprüche	50
3. Inhalt der Ansprüche	51
4. §§ 809, 810 BGB	51
C. Rechtsprechung	54
I. Materielle Variante	54
1. Materiellrechtliche Sonderbeziehung	56
2. Unverschuldete Unkenntnis des Gläubigers	58
3. Eigene Informationsbeschaffung dem Gläubiger unzumutbar	58
4. Keine unbillige Belastung des Auskunftsschuldners	59
5. Inhalt des Informationsanspruchs	59
II. Prozessuale Variante	60
1. Erweiterungen der Rechtsprechung - Herleitung	61
2. „Sekundäre Behauptungslast“	63
D. Literatur	66
I. Die Stürmer'sche Lehre von der allgemeinen Aufklärungspflicht („prozessuale Einheitslösung“)	66
1. Grundsatz	66

2. Inhalt.....	67
3. Vorwirkungen der Aufklärungspflicht.....	68
4. Aufklärungspflicht auch der mutmaßlichen künftigen Prozeßpartei.....	68
5. Konsequenzen der Stürner'schen Lehre.....	68
II. Andere Lösungsansätze in der Literatur.....	69
1. Materiellrechtliche Lösung.....	69
2. Gemischte Lösung.....	70
E. Einbeziehung von Nichtparteien.....	70
I. Prozeßrecht.....	70
1. § 429 ZPO.....	70
2. § 643 ZPO.....	71
II. Materielles Recht.....	71
1. Materiellrechtlicher Informationsanspruch.....	71
2. Besonderheit beim materiellrechtlichen Informationsanspruchs gemäß § 242 BGB.....	71
3. „Vorverlegte, materiellrechtliche Zeugnispflicht“.....	73
4. Inhalt des Informationsanspruches.....	74
F. Weigerungsrechte.....	74
I. Gesetzeslage.....	74
II. Rechtsprechung und Literatur.....	75
1. Strafrechtliche Selbstbelastung.....	75
2. Belastung Dritter.....	79
3. Geschäfts- und Unternehmensgeheimnis.....	79
4. Weitere Weigerungsrechte.....	83
G. Rechtspflegeorgan.....	85
H. Kurze Zusammenfassung der Aufklärungsbeiträge der nicht risikobelasteten Partei im deutschen Recht.....	86
I. Auskunftspflichten.....	86
II. Vorlage von Urkunden.....	86
III. Vorlage und Untersuchung von Augenscheinsgegenständen.....	86
IV. Duldung körperlicher Untersuchungen.....	87
I. Résumé.....	87
I. Umfang und allgemeine Voraussetzungen verfahrensförmiger Informati- onsbeschaffung.....	87
1. Umfang.....	87
2. Anforderungen an den Sachvortrag als Voraussetzung verfahrensförmi- ger Sachverhaltsaufklärung.....	88
3. Verfahrensförmige Sachverhaltsaufklärung vor dem Prozeß.....	89
II. Inhalt und Sanktionierung der Informationsbeschaffungsmittel.....	89
1. Inhalt.....	89

2. Sanktionen .....	89
III. Einbeziehung von Nichtparteien.....	89
IV. Weigerungsrechte .....	90
V. Materiellrechtlicher oder prozeßrechtlicher Ansatz? .....	90
1. Primat der materiellrechtlichen Informationsansprüche .....	90
2. Prozessuale Informationsansprüche.....	90
3. Entwicklung der Gesetzeslage.....	92
4. Entwicklung der Rechtsprechung.....	92
VI. Aufgabenverteilung bei der Sachverhaltsaufklärung .....	93
1. Rechtspflegeorgan .....	93
2. „Inquisitionsprinzip“ oder „Akkusationsprinzip“?.....	93
VII. Zwischenergebnis .....	93
1. „Unsensibilität“ des deutschen Systems.....	93
2. „Materielle Wahrheit“ oder „formell richtige Urteilsfindung“ im deutschen Prozeß?.....	94
3. Reformvorschläge .....	96

### *Kapitel III*

#### **Länderbericht Frankreich**

A. Einführung.....	99
I. Grundlagen .....	99
II. Reformen innerhalb des französischen Zivilprozeßrechts .....	100
III. Beschränkung auf das Verfahren vor dem <i>tribunal de grande instance</i> .....	101
B. Sachverhaltsaufklärung .....	101
I. Grundlegende Normen.....	102
1. Art. 10 Code civil, Art. 11 NCPC .....	102
2. Der Grundsatz „nemo tenetur edere contra se“ in Frankreich .....	103
3. Sanktionen.....	105
II. Umfang und allgemeine Voraussetzungen verfahrensförmiger Informationsbeschaffung .....	106
1. Umfang.....	106
2. Anforderungen an den Sachvortrag als Voraussetzung verfahrensförmiger Sachverhaltsaufklärung .....	110
3. Ausforschungsbeweis .....	113
III. Verfahrensförmige Sachverhaltsaufklärung vor dem Prozeß .....	116
1. Grundlagen und Funktion der mesure d’instruction in futurum (Art. 145 NCPC).....	116
2. Voraussetzungen .....	117
C. Die Aufklärungsmittel im einzelnen.....	120